

FRANK BÖSCH

# Zeitenwende

# 1979

Als die Welt  
von heute begann



C.H.BECK

In den Interviews entwickelte Khomeini oft erst etwas konkretere Leitlinien für eine künftige Politik. Im Interview mit der *Bild-Zeitung* verkündete er etwa, alle Wirtschaftsverträge mit der Bundesrepublik neu zu verhandeln, da der Schah nicht demokratisch legitimiert gewesen sei.[50] Ebenso betonte er immer wieder, iranisches Öl als politische Waffe einzusetzen. Im Interview mit *Le Monde* drohte er etwa an, Israel und Ägypten würden kein Öl bekommen, ansonsten würde der Iran einen «fairen Preis» verlangen, was doppeldeutig Preiserhöhungen ankündigte.[51] In den meisten Interviews versprach Khomeini, das Land gleichermaßen gegen die Amerikaner und Sowjets zu positionieren. Khomeini selbst studierte ebenfalls fortwährend die internationalen Medien: Fröhlich nach dem Aufstehen las er die internationale Presse, bis spät abends hörte er persischsprachige Auslandssender wie von der BBC.[52] Vielleicht gerade weil Khomeini seine Vorstellungen gegenüber westlichen Journalisten verkündete und jenseits der Tagespolitik im Iran agierte, trat er in seiner Pariser Zeit überraschend gemäßigt und kompromissbereit auf. Vielfach benutzte er die Sprache der Demokratie, der Menschenrechte und des sozialen Ausgleichs, um sich vom undemokratischen Handeln des Schahs abzugrenzen. So versprachen er und seine Berater noch kurz vor seinem Flug nach Teheran freie Wahlen, Pressefreiheit und eine Verfassung, wenn auch islamische Bedingungen für die Kandidatenauswahl. [53] Frauen würden künftig nicht aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen. Dies ermöglichte, dass er nach seiner Ankunft im Iran sehr unterschiedliche Protestgruppen, von den Sozialisten über die Liberalen bis hin zu den Islamisten, unter seiner Führung vereinen konnte.

Tatsächlich zeigte sich diese Kompromissbereitschaft in der neu gebildeten Regierung nach Khomeinis Rückkehr. So ernannte er mit Mehdi Bāzargān einen Premierminister, der sowohl im islamischen wie im säkularen Widerstand gegen den Schah verankert war und einer liberalen islamischen Richtung angehörte. Der Teheraner Professor, der in Frankreich Ingenieurwissenschaften studiert und in der französischen Armee gekämpft hatte, galt auch den westlichen Diplomaten als respektabel.[54] Im Kabinett fanden sich auch Vertreter unterschiedlicher Protestbewegungen, die moderat auftraten. So versprach etwa Hassan Nahsi, Mitglied des Revolutionsrats und Vertrauter Bāzargāns, den bundesdeutschen Diplomaten, die kommende Republik werde nur dem Namen nach islamisch sein und «sich am freiheitlichen Gedankengut der westlichen Welt orientieren».[55]

Das neue Regime erhielt auch deshalb einen Vertrauensvorschuss. Die westlichen Regierungen erkannten sogleich die revolutionär entstandene provisorische Regierung Bāzargān an, obwohl fortlaufend Berichte über die eskalierende Gewalt auf Teherans Straßen kursierten. Außenminister Genscher erklärte schon in der Kabinettsitzung am 14. Februar 1979 «die Fortsetzung der freundschaftlichen Beziehungen» und Bundeskanzler Schmidt kündigte ein

Glückwunschtelegramm an Bāzargān an, den er dem demokratischen Lager zurechnete.[56] Während die SPD-Führung mit anti-amerikanischem Einschlag die Anerkennung forderte, da der «Shah ein undemokratischer Bündnispartner des Westens» gewesen sei, betonte das Auswärtige Amt erleichtert, dass im neuen iranischen Kabinett «links-extreme Kräfte» nicht vertreten seien und Bāzargān eine effektive Kontrolle über das Land erreicht habe.[57] Viele glaubten wie Bundeskanzler Schmidt, Khomeinis Herrschaft sei allenfalls temporär: «Die Ayatollahs können das Land auf Dauer nicht regieren», äußerte er gegenüber Ägyptens Präsident Sadat.[58] Frankreich und Großbritannien erkannten die neue Regierung ebenfalls mit antikommunistischen Argumenten an. Der französische Außenminister Jean François-Poncet bemerkte latent optimistisch über Khomeini: «Wenn er auch nicht die beste Lösung für den Iran sei, so sei er auch nicht die schlechteste», da «die jetzigen Persönlichkeiten im Iran dabei sind, die Dinge verwaltungsmäßig wieder in den Griff zu bekommen.»[59] Noch deutlicher formulierte dies Präsident Giscard d'Estaing gegenüber Schmidt: Da bei einem Sieg der Linken keine Wirtschaftsbeziehungen möglich seien, hoffe er «auf einen Sieg Khomeinis – wenn dieser auch sehr hart und blutrünstig sei, und auf eine Niederlage von dessen Gegenspielern sowie den Kommunisten».[60] Ähnlich urteilten die Außenminister der Nato-Staaten.[61] Auch die Administration von US-Präsident Jimmy Carter bemühte sich in gutem Glauben um ein Auskommen mit den neuen Machthabern.[62]

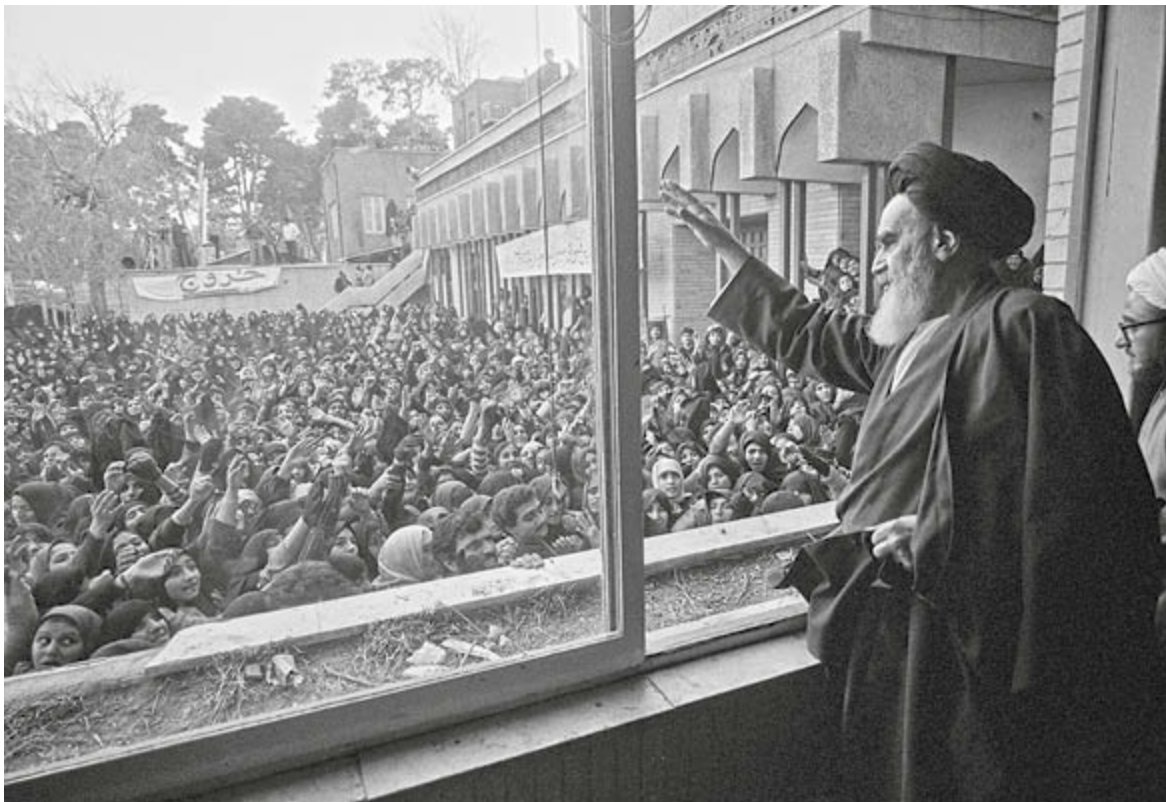
Dieses Wohlwollen gegenüber Khomeini entstand auch durch die Annahme, die Sowjetunion hoffe auf eine sozialistische Revolution im Iran und wünsche eine instabile Lage.[63] Tatsächlich suchten auch die Sowjetunion und sozialistische Verbündete wie die DDR rasch ein gutes Verhältnis zur neuen islamischen Regierung.[64] Der Anti-Amerikanismus erwies sich als ein Bindeglied, und entsprechend gab das sowjetische Leitorgan, die *Prawda*, den USA die Schuld an Toten bei den letzten Massendemonstrationen. Auf westlicher Seite kam damit die Angst auf, dass die Sowjets nun eine Einflusszone von Äthiopien über Südjemen bis hin nach Afghanistan um den Persischen Golf und damit die Hälfte der Weltölreserven ausbauen, und so auch Zugang zur Straße von Hormuz erhalten könnten.[65] Tatsächlich forderte die Sowjetunion eine Zurückhaltung der US-Amerikaner und eine Mitsprache in der Golfregion, die in einer gesamteuropäischen Energiekonferenz zu verhandeln sei.[66] Die sowjetische Freude über den Abfall Irans von den USA ging freilich mit einer Verunsicherung darüber einher, dass sich direkt neben dem sowjetischen muslimischen Süden ein politisierter Islam ausbreitete.[67]

Neben dem Anti-Kommunismus verhalfen vor allem ökonomische Interessen zur raschen internationalen Anerkennung der Revolution. Besonders deutlich belegen dies die internen Einschätzungen des Auswärtigen Amts: Wer immer



regiere, hieß es hier, «Iran ist und bleibt Erdölexporteur [...] Für den Westen bleibt der entscheidende Gesichtspunkt, daß der Iran nicht in den Einflußbereich der Sowjetunion abdriftet.»[68] Nicht minder deutlich unterbreitete der deutsche Botschafter in Teheran dem Revolutionsratsmitglied und Minister für Wirtschaftsplanung, Ezatollah Sahabi, «daß wir Außenhandelspartner brauchen, Iran übrigens auch, und daß Außenpolitik in der Regel nicht mit moralischen Maßstäben zu messen sei.»[69] Der Westen wollte den Umbruch im Iran optimistisch betrachten, um ökonomische Verbindungen zu sichern. Denn längst schnellten die Ölpreise rasant in die Höhe und das Ringen um die Nachrüstung heizte den Kalten Krieg wieder an.

Spätestens ab Ende März 1979 wurde deutlich, wie sehr sich die westlichen Eliten und die sowjetische Führung täuschten. Die islamischen Fundamentalisten spielten die marxistische Linke schnell aus. Ihre anti-imperialistische Rhetorik raubte den Marxisten ihr Mobilisierungspotential. Zudem gelang es den Marxisten nicht, die Sprache der (Land-)Arbeiter zu sprechen, und ihre Verbindung zur Sowjetunion erschwerte ihre Stellung.[70] Die marxistische Tudeh-Partei blieb weiter bestehen, bis 1982/83 auch ihre Anhänger massenhaft als sowjetische Spione verfolgt wurden und die Partei verboten wurde.



Khomeini nach seiner Ankunft vor den Massen an der Teheraner Universität. Die bisher sehr liberalen Studienmöglichkeiten für Frauen wurden rasch eingeschränkt.

Khomeini etablierte die islamische Republik mit scheinbar demokratischen Zugeständnissen, populistischen Versprechungen und Gewalt. So leitete er den Übergang zur islamischen Republik mit einer Abstimmung ein, die eine demokratische Beteiligung vortäuschte. Am 31. März 1979 durften alle Männer *und* Frauen über die künftige Staatsform abstimmen, wobei 98 Prozent für eine Islamische Republik und gegen die Monarchie votierten. Andere Staatsformen, etwa eine Demokratie oder eine sozialistische Republik, waren nicht auf dem Wahlzettel. Ministerpräsident Bāzargān konnte sich auch nicht mit dem Begriff «Demokratisch Islamische Republik» durchsetzen. Wer für den Schah stimmte, musste zudem die unbeliebte Farbe Rot verwenden, die anderen Wahlkarten waren gut sichtbar patriotisch grün.[71]

Ähnlich verfuhr Khomeini bei der neuen Verfassung, über die er abstimmen ließ. Sie wurde von einer «Expertenversammlung» ausgearbeitet, die zu über zwei Dritteln mit Geistlichen oder ihnen nahestehenden Vertretern besetzt war. Einerseits war der Verfassungsentwurf an vielen Stellen demokratisch geprägt, um unterschiedliche politische Gruppen einzubinden. So durften Männer und Frauen ab 16 Jahren das Parlament und den Präsidenten wählen. Andererseits zementierte sie die Vormachtstellung der Geistlichkeit. So legte sie die islamische Rechtsauslegung fest und gab damit die politische und religiöse Leitung in die Hände Khomeinis, der als Stellvertreter des 12. Imams verehrt wurde. Dieser durfte die Geistlichen des Wächterrats bestimmen, der Gesetze mit Veto-Macht überwachen sollte, über Krieg und Frieden entscheiden konnte und die Personalhoheit über die Wahl der Präsidenten, Richter oder auch die Leiter der Rundfunksender hatte.[72] Diese Verfassung fand am 2. Dezember 1979 eine Zustimmung von 99 Prozent. Da die Stimmzettel mit Rücksicht auf die Analphabeten erneut farblich gekennzeichnet waren und es keine Wahlkabinen gab, mieden Gegner die Wahl, und die Wahlbeteiligung fiel um vier Millionen ab. Durch die Verfassung entstand eine Doppelstruktur von geistlicher Macht und Regierung: Neben dem demokratisch gewählten Parlament und Präsidenten, bei dem sich mit Bani Sadr zunächst ein Gemäßigter durchsetzte, stand die islamische Führung unter Khomeini. Und zugelassen zur Wahl wurden nur ausgewählte Kandidaten, während Oppositionelle schnell als Gegner des Islams aussortiert oder verfolgt wurden.[73]

Zugleich lockte Khomeini mit populistischen Versprechungen. Auf den Einbruch des Öl- und Außenhandels und die Arbeitslosigkeit reagierte er mit einer Mischung aus sozialistischen und marktwirtschaftlichen Versprechen. So unterstützte eine «Stiftung der Unterdrückten» aus dem Vermögen des Schahs die mittellose Unterschicht, während eine Landreform viele mittellose Landarbeiter zu selbstständigen Bauern machte, die sich in Genossenschaften zusammenschlossen. Auch ein größerer Teil der Staatsausgaben floss in die Unterstützung der Armen

und in die Förderung landwirtschaftlicher Kooperativen.[74] Zugleich versprach Khomeini, besonders mit Blick auf die Basarhändler, das Privateigentum zu achten, was er als Schutz gegen den Kommunismus ansah. Die Bürokratie des Schahs wollte er abbauen. Tatsächlich verdoppelte sich jedoch die Zahl der Staatsbediensteten in zwei Jahren, wodurch er eine loyale Verwaltung aufbauen konnte.

Parallel dazu wurde der Umbau der Gesellschaft mit Gewalt durchgesetzt. Unverschleierte Frauen, die wie am Internationalen Frauentag (8. März) zu zehntausenden für ihre Rechte und eine säkulare Republik protestierten, trafen immer häufiger auf Männer mit Knüppeln.[75] Die Gewalt auf den Straßen richtete sich zunehmend auch gegen Minderheiten wie die Kurden und die Baha'i, die zahlreiche Verwaltungsposten besetzten. Auch die Juden wurden nun Opfer von Repressionen, nachdem der Iran nach der Staatsgründung Israels eines der wenigen islamischen Länder geblieben war, die die jüdische Bevölkerung tolerierten. Bereits zu Beginn der Revolution floh rund ein Viertel der 80.000 Juden, hunderte kamen in Gefängnisse, viele wurden ermordet.[76] Während in vielen Ländern im Kontext der Fernsehserie *Holocaust* ein neues Mitgefühl mit dem Schicksal der Juden aufkam, flammte hier ein neuer öffentlicher Antisemitismus auf. Allerdings tolerierte der Iran die Juden, die sich nicht offen für den Staat Israel aussprachen. Während Juden in anderen islamisch geprägten Ländern heute kaum noch zu finden sind, lebten im Iran nach der Jahrtausendwende noch rund 25.000 und bilden damit die größte jüdische Gemeinde in einem islamischen Land.[77]

Im Laufe des Jahres 1979 entfaltete sich eine unberechenbare halbinstitutionalisierte Gewalt. Revolutionsgerichte und islamische Garden richteten öffentlich hunderte politische Gegner hin. Volksmilizen übernahmen Polizei-, Post- und Militärstationen, wodurch zahllose Waffen kursierten. Jugendliche feuerten halb aus Freude, halb als Drohung in die Luft, oft mit dem deutschen Gewehr G 3 von Heckler & Koch.[78] Ministerpräsident Bāzargān protestierte zwar gegen die Hinrichtung des Ex-Premierministers Hoveyda, konnte sich aber nicht gegen Khomeinis Rachewillen durchsetzen. Insgesamt kam es wohl zu knapp fünfhundert Hinrichtungen in den folgenden zwei Jahren. Die westlichen Staaten protestierten zumindest gegen die Hinrichtung von früheren Spitzenpolitikern, doch die diplomatischen Interventionen blieben zahnlos.[79]

Die Einführung der islamischen Republik schränkte zahlreiche Grundrechte ein, für die in den 1970er-Jahren weltweit Politiker und soziale Bewegungen gekämpft hatten. Das galt besonders für die Rechte von Frauen. Bereits im März durften Frauen sich nicht mehr an Gerichtsverfahren beteiligen. Moralkomitees überwachten die neuen Kleidungs Vorschriften, was de facto für Frauen das Tragen des Tschadors bedeutete. Bis zum Oktober wurden die familienrechtlichen